

Zeitschrift: Regio Basiliensis : Basler Zeitschrift für Geographie
Herausgeber: Geographisch-Ethnologische Gesellschaft Basel ; Geographisches Institut der Universität Basel
Band: 43 (2002)
Heft: 1

Artikel: Kooperation und Partizipation im transdisziplinären Stellmatten-Projekt
Autor: Kohl, Jessica / Schmidli, Franz L. / Gurtner-Zimmermann, Arnold
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1088418>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kooperation und Partizipation im transdisziplinären Stellmatten-Projekt

Jessica Kohl, Franz L. Schmidli, Arnold Gurtner-Zimmermann

Zusammenfassung

In diesem Artikel werden die Richtplanung in der Wiese-Ebene und das Pilotprojekt Stellmatten bezüglich ihrer Beteiligungsformen in den theoretischen Kontext der transdisziplinären Umweltforschung eingebettet. Die Diskussion basiert dabei auf bestehenden Begriffskategorien, da die Unschärfe der Grundbegriffe Partizipation und Kooperation problematisch ist. Am Beispiel der Landschaftsplanung in der Wiese-Ebene wird aufgezeigt, wie mit der Änderung der Kooperationsformen auch das übergeordnete Akteursnetzwerk einer Veränderung unterliegen kann.

1 Einleitung

In den letzten Jahren wuchsen die Anforderungen an die Forschung, sich stärker an der Praxis zu orientieren. Mit diesem Wunsch war die Hoffnung verbunden, eine intensive Zusammenarbeit von Wissenschaft und Praxis werde die Qualität und Wirksamkeit von Forschungsaktivitäten für die Lösung praktischer Probleme verbessern, die Innovationsfähigkeit der Praxis erhöhen und dauerhaftere Lösungen für praktische Probleme ermöglichen (Müller et al. 2000). Ein Versuch, diese Vorgaben einzulösen, sind Projekte mit transdisziplinärem Charakter (z. B. Kirchner-Hessler et al. 1999).

Die Transdisziplinarität der Projekte definiert sich durch die Bearbeitung von Problemen der Praxis, welche gemeinschaftlich von Wissenschaft und Praxis auf interdisziplinärem und partizipativem Wege gelöst werden (Scholz & Marks 2001,

Adresse der Autoren: Dipl.-Geogr. Jessica Kohl, Dr. Arnold Gurtner-Zimmermann, Geographisches Institut der Universität Basel, Klingelbergstr. 27, CH-4056 Basel; Franz L. Schmidli, Architekt, Hochbau- und Planungsamt, Hauptabteilung Planung, Rittergasse 4, Postfach, CH-4001 Basel

237). *Burger & Kamber* (2001, 10) zählen zu den Anspruchsgruppen, die in einem transdisziplinärem Forschungsprojekt partizipieren sollen, die vom Forschungsprojekt Betroffenen, die "...jenseits der Grenzen der Wissenschaft anzusiedeln sind...", aber "...nicht unbedingt mit jenen der Projektanten übereinstimmen müssen". Bezüglich der Partizipationsmethoden, mit denen diese Anspruchsgruppen einbezogen werden, gibt es keine Vorgaben.

Anhand von zwei Beispielen der Landschafts- und Revitalisierungsplanung im Raum Basel wird in diesem Aufsatz der Stand der Partizipation und Kooperation diskutiert und theoretisch eingeordnet. Damit soll ein Beitrag zum Verständnis der Beteiligungsformen aktueller Umweltplanungen geleistet werden.

2 Formen der Mitwirkung

In Planungs- und Managementaufgaben des Umweltbereichs sowie der internationalen Zusammenarbeit werden verschiedene Formen der Mitwirkung angewendet, die in der inter- und transdisziplinären Umweltforschung nur teilweise gebraucht werden. Grundsätzlich werden drei Beteiligungsformen unterschieden:

Tab. 1 Die drei Beteiligungsformen Information, Partizipation und Kooperation (nach *Vischer-Bischoff* et al. 1996 und *Luz & Weiland* 2001). Im Gegensatz zu anderen Definitionen (z.B. *Selle* 1996) wird hier zwischen Partizipation und Kooperation getrennt.

Information:	Bei der Information besteht ein deutliches Informationsgefälle zwischen Sender und Empfänger, wobei die Empfänger der Informationen keine Gelegenheit erhalten, sich ihrerseits zu äussern.
Partizipation:	In partizipativen Planungsverfahren informiert eine leitende Behörde über den Planungsstand, damit sich die betroffene und/oder interessierte Öffentlichkeit dazu äussern kann (s.a. <i>Kaase</i> 1997). Offen ist, wie viel von den Vorschlägen der Betroffenen und Beteiligten auf Seiten der Behörden aufgegriffen wird.
Kooperation:	Bei der Kooperation sind die Mitwirkenden weitgehend gleichberechtigt. Zur Konkretisierung einer Fragestellung werden Fachwissen und Interessen der Beteiligten berücksichtigt. Der Wille zur Kommunikation wird dabei vorausgesetzt. Kooperative Verfahren werden angewendet, wenn die Interessen breiterer Bevölkerungskreise einbezogen werden sollen.

Des Weiteren unterscheidet man zwischen den formellen und informellen Beteiligungsverfahren (*Luz & Weiland* 2001). In der Landschafts- und Umweltplanung wurden *formelle Beteiligungsverfahren* in den 70er Jahren eingeführt. Neben der Beteiligung von Betroffenen und anerkannten Natur- und Umweltschutzverbänden wird in formellen Beteiligungsverfahren die Öffentlichkeit durch das Auslegen von Plänen, durch Bekanntmachungen oder durch die Verteilung von Infor-

mationsmaterial über einen Planungsstand informiert. Die anerkannten Verbände und Betroffenen können Stellungnahmen abgeben. Bei formellen Beteiligungsverfahren sind also partizipative, aber keine kooperativen Beteiligungsformen enthalten.

Informelle Beteiligungsverfahren werden in der Landschaftsplanung seit den 70er Jahren durchgeführt. Es sind Beteiligungsverfahren, die auf freiwilliger Basis durchgeführt werden und verstärkt die Öffentlichkeit einbeziehen, um später anfallenden Akzeptanzproblemen vorzubeugen. Neben der Information und Partizipation besteht hier auch die Möglichkeit zur Kooperation.

3 Die übergeordnete Instanz – das Politiknetzwerk

Die Wahl der geeigneten Kommunikations- und Beteiligungsformen hängt vom entsprechenden Akteursnetzwerk in einer Landschaftsplanung ab. Auch hier gibt es verschiedene Typen, die unterschiedlicher Strategien im Netzwerkmanagement bzw. Projektmanagement auf der darunter liegenden Ebene bedürfen. Eine sinnvolle Typisierung der Politiknetzwerke hat *Lindquist* (1991) vorgenommen.

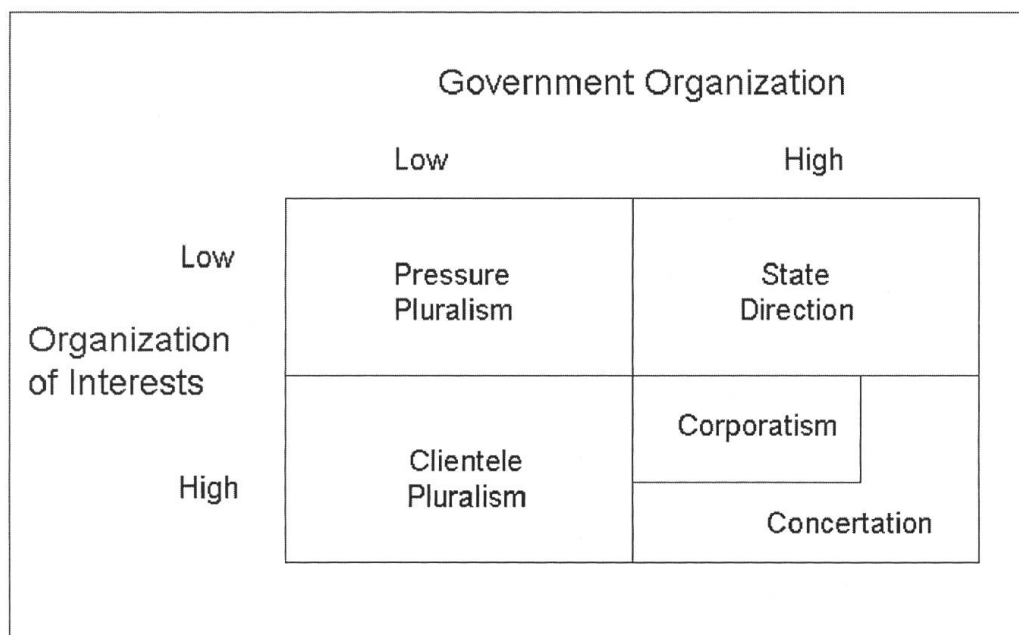


Abb. 1 Verschiedene Konfigurationen von Politiknetzwerken (*Lindquist* 1991, 8). Die Politiknetzwerke werden nach dem Organisationsgrad von Staat und gesellschaftlichen Gruppen typisiert. Während im Staatsdominierten Netzwerk (State Direction) die Behörden unabhängig von den gesellschaftlichen Gruppierungen die Richtung der Landschaftsplanung vorgeben, basieren das kooperativ ausgelegte Netzwerk (Corporatism) und das Netzwerk der Vereinigung (Concertation) auf einer intensiven Zusammenarbeit von Behörden und gesellschaftlichen Gruppierungen.

Die Klassifizierung von *Lindquist* (1991) richtet sich nach dem Organisationsgrad des Staates auf der einen Seite und dem Organisationsgrad der gesellschaftlichen Interessensgruppen auf der anderen Seite (Abb. 1).

- Während im *Pluralistischen Politiknetzwerk (Pressure Pluralism)* bei beidseitig niedrigem Organisationsgrad jeder gegen jeden kämpft,
- bilden sich im Falle des *Klientenpluralismus (Clientele Pluralism)* einzelne gut organisierte Interessenverbände, denen der Staat wenig entgegenzubringen hat.
- Ganz anders ist es im *Staatsdominierten Netzwerk (State Direction)*, in dem die Interessen der gesellschaftlichen Gruppen nur schwach oder diffus repräsentiert werden und der gut organisierte Staat unabhängig von den gesellschaftlichen Interessen die Richtung vorgibt.
- In den *kooperativ ausgelegten Netzwerken (Corporatism)* stehen sich der Staat und die Vertreter öffentlicher Interessen als gleich starke Partner gegenüber. Die unterschiedlichen Interessen der gesellschaftlichen Akteure werden stark berücksichtigt und es bildet sich ein inhaltlich und personell breit abgestütztes Netzwerk. Der Staat hat die Aufgabe, eine für alle akzeptable Lösung zu finden.
- Noch einen Schritt weiter geht das *Politiknetzwerk der Vereinigung (Concertation)* von Staat und gesellschaftlichen Interessenvertretern. In diesem Netzwerk ist jede Seite auf die andere angewiesen, so dass eine Kooperation notwendig ist. Verantwortlich für eine neue Richtungsgebung in dieser Art von Politik sind oft gesellschaftliche Gruppen, die Ideen einbringen. Sind die Anliegen legitim und auf breiter Basis abgestützt, werden sie weiterverfolgt.

4 Landschaftspark Wiese und Stellmatten – Kooperations- und Partizipationsformen in der Region Basel

Auf dem Gebiet des Kantons Basel-Stadt ist die Flussebene der Wiese (Lange Er-len) momentan Gegenstand intensiver Revitalisierungsbemühungen. Als wichtigstes Naherholungsgebiet der Stadt Basel wird die Wiese-Ebene nicht nur von den Naherholungssuchenden, der Land- und Forstwirtschaft, für Familiengärten, Sportanlagen und einen Tierpark genutzt. Bedeutendste Nutzung in diesem Gebiet ist die Förderung des Grundwassers zur Speisung der städtischen Trinkwasserversorgung. Das Grundwasser wird mit Hilfe eines Hybridsystems gewonnen, in dem zugeführtes Rheinwasser zur Versickerung gebracht wird.

Um in der Wiese-Ebene Naturschutz und bestehende Nutzungen wieder besser zu vereinen und das Raumerleben für die Naherholungssuchenden in den Vordergrund zu stellen, begann 1997/1998 im Untersuchungsgebiet die deutschschweizerische Planung für diesen Landschaftspark von 600 ha Größe.

Parallel dazu initiierten zwei Institute der Universität Basel ein Pilotprojekt zur Überprüfung der Machbarkeit von Auenrevitalisierungen im urbanen Raum – das Pilotprojekt (vgl. Kap. 6). In dem Grundwasseranreicherungsgebiet “Hintere Stellmatten” (Abb. 2) wird getestet, ob es möglich ist, die Wasserstelle wieder mit Wiesewasser zu bewässern, ohne das Grundwasser dabei zu gefährden, und ein auen-

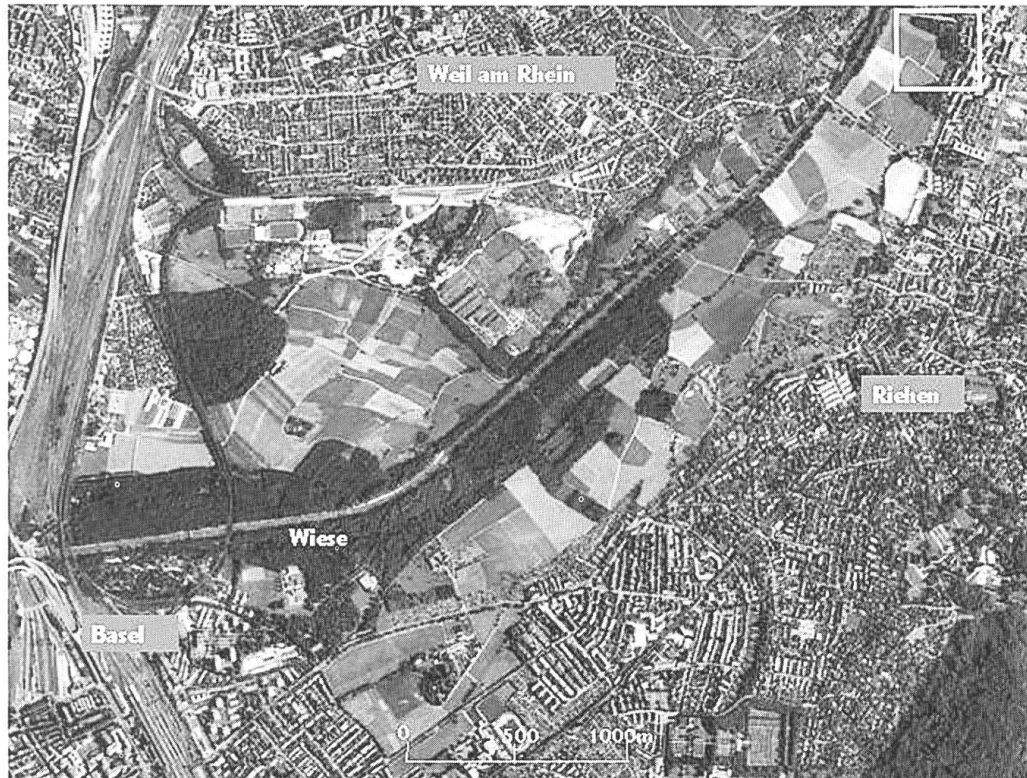


Abb. 2 Lage der bewaldeten Wasserstelle “Hintere Stellmatten” (im weissen Kasten, oben rechts) im Landschaftspark Wiese. Umgeben von Siedlungs- und Verkehrsflächen stellt der Landschaftspark Wiese ein Gebiet aus Grünlandbewirtschaftung, Ackerflächen und forstwirtschaftlichen Flächen dar. Die Waldareale werden zum grossen Teil für die Trinkwasseranreicherung genutzt. Für die Freizeitnutzung stehen vereinzelt Sportplätze, ein Tierpark und das Areal der Landesgartenschau im Nordwesten des Naherholungsgebietes zur Verfügung.

waldähnliches Wirkungsgefüge wieder herzustellen. Nicht zuletzt soll mit der naturnäheren Gestaltung der Flussebene der Naherholungswert des Gebietes gesteigert werden (Wüthrich et al. 2001).

Sowohl bei der Richt- und Entwicklungsplanung des Landschaftsparks Wiese als auch beim Stellmatten-Projekt wurden bereits verschiedenste Beteiligungsformen eingesetzt, um die Betroffenen besser einzubeziehen.

5 Formelle Beteiligung in der Planung des Landschaftsparks Wiese

Für die binationale Richt- (CH) und Entwicklungsplanung (D) des Landschaftsparks Wiese lud das Hochbau- und Planungsamt, Hauptabteilung Planung, des Kantons Basel-Stadt im Juni 1998 ca. 100 “Schlüsselpersonen” und Interessierte ein und ersuchte die Teilnehmenden, zuvor formulierte Leitideen (Schwarze & Sieber 1998) für den Landschaftspark Wiese zu prüfen und sich dazu zu äussern.

Eingeladen wurden Vertreter aus Behörden, Universität, Verbänden und Bürgerinitiativen sowie Privatpersonen. Die Veranstaltungen stellten ein *Instrument der Partizipation* dar.

Der auf diesen Leitideen aufbauende Entwurf eines Landschaftsrichtplanes/-entwicklungsplanes "Landschaftspark Wiese" wurde in einer *14-köpfigen Arbeitsgruppe* konkretisiert. Die paritätisch zusammengesetzte Arbeitsgruppe setzte sich aus Kantons- und Gemeindevertretern, den Flächeneigentümern, einem Vertreter der Industriellen Werke Basel (IWB), die das grösste Grundeigentum des Gebiets verwalten, einem Vertreter der Nutzer des Gebiets (Tierpark Lange Erlen), aus drei Delegierten der anerkannten Naturschutzverbände und dem für den Richtplan beauftragten Planer zusammen. Sie stellte ein *Instrument der kooperativen Arbeit* dar. In dieser Arbeitsgruppe wurden die Entwürfe in einem transparent gehaltenen Prozess überarbeitet bzw. beschlossen.

Weitere Veranstaltungsrunden fanden im Herbst 1998 und Februar 1999 statt, in denen die Zusammenführung von Behörden und den anderen Schlüsselpersonen erfolgte. Es wurde der laufende Planungsfortschritt dargelegt und zur Diskussion gestellt. Im Sommer 1999 fand eine Vernehmlassung über den Entwurf statt, deren Ergebnis in der Arbeitsgruppe verwertet wurde. Zudem wurde die Planung im Sommer 1999 an der Weiler Gartenschau Grün 99 in Form einer Ausstellung dem Publikum nahe gebracht.

Ganz gemäss den Vorgaben eines *formellen Beteiligungsverfahrens* wurden die Entwürfe ausgelegt bzw. an Interessierte verteilt. Im Sommer 2000 folgte die *öffentliche Planaufgabe/Auslegung*, welche nach Überarbeitung des Entwurfs zur Fertigstellung des behördenverbindlichen Landschaftsrichtplans (CH) bzw. Landschaftsentwicklungsplans (D) im Frühjahr 2001 führte (Schwarze et al. 2001).

Über die formelle Beteiligung hinaus wurde die Planung an mehreren Ausstellungen präsentiert und eine *Postkarte* aufgelegt, mit der mitgeteilt werden konnte, was an der Planung gefällt oder nicht gefällt. Diese Befragungskarte bot für die breite Öffentlichkeit die Möglichkeit *der Partizipation*. Leider gab es relativ wenig Rücklauf.

Die Umsetzungsprojekte – auch solche mit Koordinationsbedarf – werden in den kommenden Jahren angegangen. Die Initiative und Projektleitung kommt dabei sowohl von Naturschutzverbänden, universitären Instituten, den Wasserversorgern der Stadt Basel (IWB) als auch von Seiten der Verwaltungsinstanzen.

6 Informelle Beteiligung im Pilotprojekt Stellmatten

Im Gebiet der Stellmatten wird die Machbarkeit von Auenrevitalisierungen in der Wiese-Ebene untersucht (Wüthrich et al. 1999; Kohl 2001). Es handelt sich um ein transdisziplinäres Projekt der Stiftung Mensch-Gesellschaft-Umwelt (MGU). Der transdisziplinäre Charakter zeigt sich darin, dass verschiedenste Formen nicht nur der Information und Partizipation, sondern auch der Kooperation im Projekt enthalten sind (Tab. 2). Das Projekt bedient sich der *informellen Beteiligungsverfahren*.

Tab. 2 Beteiligungsformen im transdisziplinären Stellimatten-Projekt. Neben informativen und partizipativen Instrumenten werden auch kooperative Verfahren angewendet.

Information	<ul style="list-style-type: none"> • Auenpfad mit Informationstafeln im Projektgebiet • Ausgabe von Broschüren • Presseartikel • Führungen durch das Gebiet • Ausstellung zur Wiese-Ebene • Flugblatteinwürfe in die Briefkästen der Anwohner • Informationsvorträge zum Projekt • Informationssendungen über den neusten Stand des Projektes • Projekt-Homepage
Partizipation	<ul style="list-style-type: none"> • Befragungen der Mitglieder der Arbeitsgruppe Landschaftspark Wiese zur Richtplanung • Passantenbefragungen in der Wiese-Ebene • Qualitative Interviews mit Projektbeteiligten
Kooperation	<ul style="list-style-type: none"> • Arbeitskreissitzungen mit erweitertem Projektteam aus Behördenvertretern, wissenschaftlichen Instituten, Flächeneigentümern und -nutzern • Bilaterale Verhandlungen (z. B. mit ansässigem Landwirt) • Runde Tische für Teilprobleme (z. B. gemeinsame Erarbeitung einer Kosten-Nutzen-Analyse)

Das seit Januar 2000 laufende Stellimatten-Projekt zeigt deutlich, dass die in der Theorie noch relativ leicht einzuordnenden Beteiligungsformen in der Praxis sehr viel differenzierter betrachtet werden müssen. Ein- und dieselbe Beteiligungsform kann in den unterschiedlichen Projekten sehr unterschiedlich angewendet werden. Von der Art und Weise der Anwendung aber auch der Einpassung in den Kontext des Projektes hängt es ab, welchen Erfolg die Beteiligungsform im Projekt erzielt und ob sie zur Partizipation oder Kooperation gezählt werden kann.

Am Beispiel der Passantenbefragung soll dieser Punkt verdeutlicht werden: Befragungen verschiedenster Bevölkerungsgruppen werden zum Teil zur Kategorie der Partizipation in kooperativen Planungsprozessen gezählt (z. B. *Luz & Weiland* 2001, 73), zum Teil nicht (*Vischer-Bischoff* et al. 1996). Ausgangspunkt dieser Differenzen sind unterschiedliche Definitionen der Partizipation.

Problematisch sind folgende Punkte (vgl. *Blumer* 2001; *SAGUF* 2001):

- Kann von Partizipation gesprochen werden, wenn lediglich Interessen und Meinungen in den Befragungen eingeholt und verinnerlicht werden?
- Ist für partizipative Verfahren das Einbinden der in der Befragung ermittelten Meinungen in die laufende Planung und/oder die Umsetzung von Nöten?
- Wie weit muss das Einbinden der Meinungen im letzteren Fall gegeben sein?

Neben der Problematik des Begriffs *Partizipation* tritt die Problematik der Einordnung der angewendeten Beteiligungsformen auf. Unter dem Stichwort *Befragung* kann sowohl das Ermitteln von Meinungen gemeint sein, ohne dass sich

daraus Konsequenzen für ein Projekt ergeben, es kann aber auch das Einholen von Meinungen zwecks Eingliederung in die weitere Projektplanung gemeint sein. Letzteres könnte dann zur Partizipation gezählt werden.

Im Stellimatten-Projekt wurde eine Passantenbefragung durchgeführt, bei der

- Meinungen und Wünsche zu Revitalisierungen im Landschaftspark Wiese angegeben wurden;
- Interessierte für einen Informationsverteiler ihre Adressen angeben konnten;
- diese Interessierten bei Informationsveranstaltungen speziell angeschrieben wurden;
- diese Interessierten bei Feldarbeiten aktiv mithelfen konnten (Abb. 3).

Sind die Wünsche und Meinungen zu weiteren Revitalisierungen in der Wiese-Ebene ausgewertet, sollen diese nach Durchführung des Pilotprojektes in die weitere Planung einbezogen werden. Im Gegensatz zu vielen anderen Projekten kommt es im Stellimatten-Projekt zum Einbezug der betroffenen Passanten in der Wiese-Ebene – nicht dagegen zur Kooperation –, während andere sogenannte transdisziplinäre Projekte weder Bevölkerungspartizipation noch -kooperation kennen. Einige wenige Projekte (z. B. *Kirchner-Hessler et al. 1999; Müller et al. 2000*) sind darauf bedacht, Bevölkerungsgruppen nicht nur partizipieren, sondern auch in Form von Runden Tischen etc. kooperieren zu lassen, da die Projektbeteiligten auf diese Prämisse für die Transdisziplinarität eines Projektes besonderen Wert legen.



Abb. 3 Passantenbefragung im Gebiet der Stellimatten. Die Passanten füllten selbständig ihre Fragebögen aus, anschliessend ergab sich zuweilen ein Gespräch mit den Mitarbeitern des Befragungsteams. *Photo: Jessica Kohl*

7 Das übergeordnete Akteursnetzwerk im Kanton Basel-Stadt

Das Akteursnetzwerk zur Gewässerrenaturierung an Rhein und Birs wurde in der zweiten Hälfte der 90er Jahre vor allem von den Behörden bestimmt (*Gurtner-Zimmermann* 1999, 63). Zwar bestand Gesprächsbereitschaft sowohl auf staatlicher als auch auf nicht-staatlicher Seite, nicht-staatliche Organisationen beeinflussten aber die Planung von Revitalisierungsmassnahmen nur indirekt. Eine beginnende Veränderung des Politiknetzwerks zeichnete sich im Jahr 2000 ab, in dem sich Anwohnervertreter mit einer Gewässerrenaturierungs-idee am Kleinbasler Rheinufer durchsetzen konnten (*Gurtner-Zimmermann & Eder* 2001, 45).

Betrachtet man die heutigen Revitalisierungsbemühungen an der Wiese im Kanton Basel-Stadt, präsentiert sich die Netzwerkkonstellation anders. Die tragende Kraft ist nicht mehr nur der Staat, sondern es sind auch universitäre Institute und Naturschutzorganisationen, die eigene Projekte initiieren und neue Wege der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit gehen. Somit wird auch die Richtung der Revitalisierungsbemühungen in der Wiese-Ebene nicht mehr von einer speziellen Behördenkonstellation bestimmt, sondern ergibt sich aus der Vielzahl der behördlichen und nicht-behördlichen Vorstösse (Bsp.: Initiative von Pro Natura zur Anlegung von Riedwiesen in der Wiese-Ebene, Wieserenaturierung unter Leitung des Tiefbauamtes, Auenwaldrevitalisierungsprojekt Stellmatten unter Leitung des Geographischen Instituts und des Geologisch-Paläontologischen Instituts der Universität Basel, BUND-Wanderausstellung zur Wiese mit Darstellung von deutschen und schweizerischen Revitalisierungsprojekten etc.).

Die Rolle des Staates lag in der Richt- und Entwicklungsplanung des Landschaftsparks Wiese darin, eine für alle akzeptable Lösung zu finden, zumal er damit auch einen politischen Auftrag erfüllte. Zusätzlich zur leitenden Funktion trat der Staat hier als Koordinator auf, was einem *Kooperations-Netzwerk* entsprach. Gerade in der Tatsache, dass Projekte von nicht-staatlicher Seite gestartet wurden, wird deutlich, dass immer mehr nicht-staatliche Organisationen eine tragende Rolle in der Revitalisierungsplanung spielen. Nicht nur die gesellschaftlichen Organisationen sind auf den Staat angewiesen, sondern auch der Staat ist immer mehr auf das Wissen, die Ideen und das Engagement der nicht-staatlichen Organisationen angewiesen, was im Politiknetzwerk der *Vereinigung* üblich ist.

Insgesamt gesehen ist anhand der Revitalisierungsbemühungen in der Wiese-Ebene zu erkennen, dass es im Kontext der Gewässerrevitalisierungen im Kanton Basel-Stadt eine Weiterentwicklung bezüglich der Zusammenarbeit zwischen Staat und Gesellschaft gegeben hat. Es hat sich ein *Kooperationsnetzwerk* gebildet, welches sich auf dem Weg zu einem *Netzwerk der Vereinigung* von Staat und gesellschaftlichen Gruppen befindet.

8 Fazit

Noch immer bestehen Uneinigkeiten über die Begriffe der Partizipation und Kooperation, was unter anderem zu einem Etikettenschwindel im Bereich der Transdisziplinarität führt. Dringend nötig ist es daher, sich auf eine einheitliche Definition der Begriffe zu einigen, die angewandten Beteiligungsformen in transdisziplinären Projekten klar darzulegen und zu erläutern. Nur so kann die Intensität der Zusammenarbeit in einem Projekt ermittelt werden und nur so sind Projektergebnisse in ihrer Breiten- und Tiefenwirkung interpretier- und bewertbar.

Die angewendeten Partizipationsmethoden im Landschaftspark Wiese zeigen auf, dass bezüglich der Revitalisierungsbemühungen die gesellschaftlichen Gruppen und Einzelpersonen nicht nur formell beteiligt werden, sondern auch informelle Mitwirkungsverfahren existieren. Immer mehr kooperative Verfahren kommen bei Gewässerrevitalisierungsplanungen des Kantons zur Anwendung. Es zeichnet sich eine Entwicklung hin zu einer immer stärkeren Kooperation mit gesellschaftlichen Gruppierungen ab.

Während der Einbezug von Verbänden, Behörden und privatwirtschaftlichen Unternehmen in transdisziplinären Projekten schon gut funktioniert, sollte auf den Einbezug der Bürger und Bürgerinnen mehr Wert gelegt werden. Sie stellen die zentrale Nutzergruppe der Landschaft dar und dürfen somit nicht vergessen werden.

Transdisziplinäre Projekte führen schliesslich dazu, dass man sich im Kontext einer Landschaftsplanung vermehrt den kooperativen und partizipativen Verfahren zuwendet. Sie wirken sich auf die Zusammenarbeit von Staat und Gesellschaft aus und können im lokalen Kontext – wenn richtig angewendet – nicht nur einen Beitrag zu einer ökologischen Aufwertung leisten, sondern auch zu einer positiven Veränderung von Politikstrukturen beitragen.

Dank

Wir danken Sabine Gerber, Geographisches Institut Basel, für ihre Mithilfe in der Vorbereitung des Manuskriptes, der Freiwilligen Akademischen Gesellschaft für ihren finanziellen Beitrag zu den Moderationsleistungen im Stellmatten-Projekt und der Stiftung Mensch-Gesellschaft-Umwelt, die das Stellmatten-Projekt finanziert.

Literatur

- Blumer D. 2001. *Partizipation und Stadtentwicklung. Eine Analyse der Werkstatt Basel*. Diplomarbeit am Geographischen Institut der Universität Bern. Bern, 1-270.
- Burger P. & Kamber R. (Hrsg.) 2001. *Wissensproduktion in der inter- und transdisziplinären Forschungspraxis*. Studentischer Arbeitsbericht MGU 1.2000/01. Basel, 1-73.
- Gurtner-Zimmermann A. 1999. Akzeptanz und Realisierungschancen von Gewässerrenaturierungsmassnahmen in Stadt und Agglomeration Basel. In: *Hochrheinrenaturierung in Stadt und Agglomeration Basel*. Basler Stadt- und Regionalforschung 17: 54-64.
- Gurtner-Zimmermann A. & Eder S. 2001. Hochrheinrenaturierung im gesellschaftspolitischen Konfliktfeld. *Regio Basiliensis* 42(1): 35-46.
- Kaase M. 1997. Politische Beteiligung, politische Partizipation. In: Andersen, U. & Woyke W. (Hrsg.): *Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland*. 3. Aufl., Lizenzausgabe der Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn, 444-449.
- Kirchner-Hessler R., Konold W., Lenz R. & Thomas A. 1999. Ökologische Konzeptionen für Agrarlandschaften. Modellprojekt Kulturlandschaft Hohenlohe – ein Forschungskonzept. *Naturschutz und Landschaftsplanung* 31(9): 275-282.
- Kohl J. 2001. Akzeptanz von Auenrevitalisierungen in der Grundwasserschutzzone eines städtischen Naherholungsgebiets. In: Beierkuhnlein C. et al. 2001: *Landschaften als Lebensraum. Analyse – Bewertung – Planung – Management*. Tagungsband zur 2. Jahrestagung der IALE-Region Deutschland. Oldenburg, 30-31.
- Lindquist E.A. 1991. *Public managers and policy communities. Learning to meet new challenges*. Canadian Centre for Management Development. Toronto, 1-36.
- Luz F. & Weiland U. 2001. Wessen Landschaft planen wir? Kommunikation in Landschafts- und Umweltplanung. *Naturschutz und Landschaftsplanung* 33 (2/3): 69-76.
- Müller K., Bork H.-R., Dosch A., Hagedorn K., Kern J., Peters J., Petersen H.-G., Nagel U.J., Schatz T., Schmidt R., Toussaint V., Weith T. & Wotke A. (eds) 2000. *Nachhaltige Landnutzung im Konsens – Ansätze für eine dauerhaft-umweltgerechte Nutzung der Agrarlandschaften in Nordostdeutschland*. Giessen, 1-190.
- SAGUF 2001. Partizipation in der transdisziplinären Forschung – Eine Positionierung und die Ankündigung des nächsten SAGUFNET-Workshops. Schweizerische Akademische Gesellschaft für Umweltforschung und Ökologie. *GAI*A 10 (2): 146-149.

- Schwarze M. & Sieber S. 1998. *Leitideen Landschaftspark Wiese*. Arbeitsbericht im Auftrag des Hochbau- und Planungsamtes des Kantons Basel-Stadt. Basel, 1-36.
- Schwarze M., Egli M. & Keller D. 2001. *Landschaftspark Wiese*. Landschaftsrichtplan. Landschaftsentwicklungsplan. Kanton Basel-Stadt, Stadt Weil am Rhein und Gemeinde Riehen. Basel, 1-32.
- Scholz R.W. & Marks D. 2001. Learning about transdisciplinarity: Where are we? Where have we been? Where should we go? In: Thompson Klein J., Häberli R., Scholz R.W., Grossenbacher-Mansuy W., Bill A. & Welte M. (eds.): *Transdisciplinarity. Joint Problem Solving among science, technology, and society. An effective way for solving complexity*. Basel, Boston, Berlin, 236-252.
- Selle K. 1996. Von der Bürgerbeteiligung zur Kooperation und zurück. In: Selle K. (Hrsg.): *Planung und Kommunikation. Gestaltung von Planungsprozessen in Quartier, Stadt und Landschaft. Grundlagen, Methoden, Praxiserfahrung*. Wiesbaden, Berlin, 61-78.
- Vischer-Bischoff A. 1996. *Informieren, beteiligen, kooperieren. Kommunikation in Planungsprozessen – eine Übersicht zu Formen, Verfahren, Methoden und Techniken*. 2. Aufl. Kommunikation im Planungsprozess 1. Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur. Dortmund, 1-174.
- Wüthrich C., Huggerberger P. & Gurtner A. 1999. *Machbarkeit, Kosten und Nutzen von Revitalisierungen in intensiv genutzten Auenlandschaften (Fallbeispiel Lange Erlen)*. MGU-Forschungsgesuch F2.00. 1-39.
- Wüthrich C., Geissbühler U. & Rüetschi D. 2001. Revitalisierung und Trinkwasserschutz in der dicht genutzten Wiese-Ebene. Feuchtgebiete als Reinigungsstufe. *Regio Basiliensis* 42(1): 97-116.